

18.02.2021

OFFENER BRIEF

GEGEN DIE DISKREDITIERUNG UNABHÄNGIGER FORSCHUNG DURCH VERTRETER DER HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ

Die Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz (HdP RP) initiierte in einer jüngst bekannt gewordenen Mail eine Kampagne gegen eine wissenschaftliche Studie zu Körperverletzung im Amt (KViAPol), welche finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), an der Ruhr-Universität zu Bochum von Prof. Tobias Singelstein, Laila Abdul-Rahman, Hannah Espín Grau und Luise Klaus durchgeführt wird und die bisher zwei Zwischenberichte veröffentlicht hat. Der Versuch einer polizeilichen Selbstimmunisierung gegen externe Forschung, sowie die gezielte Verächtlichmachung einer Studie, deren Ergebnisse der HdP RP nicht gefallen, sind ein Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft.

Die genannte Mail richtete sich an sämtliche Verwaltungs- und Polizeihochschulen in der Bundesrepublik und ruft dazu auf durch konzertierte Pressearbeit und die Durchführung eigener Studien "gemeinsam die Interessen der Polizei [zu] wahren" und gegen die vermeintliche Schädigung des Rufes der Polizei durch die Bochumer Studie vorzugehen. In dem von dem Präsidenten der HdP RP Friedel Durben formulierten „Elektronischen Brief“ werden die (Zwischen-)Ergebnisse als „wissenschaftlich-fragil“ bezeichnet und eine Nicht-Wissenschaftlichkeit der Studie suggeriert. Er schreibt weiterhin, dass die „unkommentierte Veröffentlichung derartiger Thesen auch dem Image der rheinland-pfälzischen Polizei“ schade. Um diesem vermeintlichen Vertrauensverlust entgegenzuwirken, habe man als Reaktion „die interdisziplinäre Arbeitsgruppe ‘Durchsetzung polizeilicher Autorität im Rechtsstaat’ (AG DPAR) bereits mit Erscheinen des 1. Zwischenberichtes 2019 eingerichtet, die sich kritisch mit der KViAPol-Studie auseinandersetzt und verschiedene eigene Ansätze verfolgt.“ (Mail datiert auf den 10.02.2021)

Dieser Mail waren ein Artikel von Martin Hoch und Claudio Thunsdorff sowie ein Kommentar des stellv. Direktors der HdP RP Axel Henrichs angehängt, jeweils veröffentlicht in der Zeitschrift Kriminalistik 01/2021. Im Anhang befand sich weiterhin ein Poster der HdP RP, auf welchem einige Kernsätze der zwei Artikel und des Kommentars zitiert wurden. Die dort formulierte Kritik zielt hauptsächlich auf die Frage der Repräsentativität der Studie und suggeriert grundlos schwere methodische Mängel. Die Akquise von Befragungsteilnehmer*innen über ein nicht-repräsentatives Schneeballsystem ist jedoch ein gängiges Verfahren im Kontext explorativer Dunkelfeldstudien. In beiden Zwischenberichten macht das Projektteam darüber hinaus transparent welche methodischen Grenzen das Projekt hat und in welchem Rahmen die Zwischenergebnisse interpretiert werden können. Dieses Vorgehen entspricht den von der DFG formulierten Gütekriterien wissenschaftlichen Arbeitens. Die wissenschaftliche Integrität

der Studie wird darüber hinaus durch einen wissenschaftlichen Beirat, in dem auch Expertise aus der Polizei vertreten ist, abgesichert.

Ein derartiges Vorgehen der HdP RP im Sinne einer Kampagnenarbeit gegen unabhängige Polizeiforschung ist für eine staatlich finanzierte Hochschule befremdend. Es reiht sich ein in eine Vielzahl verschiedener ähnlich gelagerter Kritiken der Polizeigewerkschaften (DPoIG, GdP), aus Teilen der Polizei und der Polizeiwissenschaft/Kriminologie am Forschungsdesign und an den vorläufigen Ergebnissen der Bochumer Studie. Die Heftigkeit der Kritik ist angesichts der reflektierten Methodologie der Studie mehr als eigentümlich. Die Mail des Präsidenten der HdP RP Friedel Durben werten wir als Versuch, Forschungsvorhaben, die nicht an den Polizeihochschulen angesiedelt sind und von deren Ergebnissen ein Schaden des Images der Polizei befürchtet wird, zu unterbinden bzw. zu sabotieren.

Das Initiieren einer organisierten Kampagne zur Diskreditierung unliebsamer Ergebnisse einer Studie, die alle wissenschaftlichen, von der DFG festgelegten Gütekriterien erfüllt, ist nichts weniger als ein Angriff auf die grundgesetzlich verbrieftete Freiheit der Wissenschaft. Insbesondere die Polizei muss sich als Vertreterin des staatlichen Gewaltmonopols einer unabhängigen und freien Forschung öffnen und darf diese nicht behindern.

Wir fordern daher von der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz ein klares Bekenntnis zur Freiheit der Forschung und Wissenschaft nach Art. 5 GG – auch für die Polizeiforschung.

Erstunterzeichner*innen:

Roman Thurn, Ludwig-Maximilians-Universität München

Alexander Bosch, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Dr. phil. Dr. rer. med. **Peter Ullrich**, Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. **Andrea Kretschmann**, Leuphana Universität Lüneburg

Prof. Dr. **Clemens Arzt**, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Prof. Dr. **Astrid Jacobsen**, Polizeiakademie Niedersachsen

Prof. Dr. **Nils Zurawski**, Forschungsstelle strategische Polizeiforschung (FosPol), Akademie der Polizei Hamburg

Michael Plöse, Lehrbeauftragter für Öffentliches Recht Humboldt Universität Berlin, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Dr. **Lars Ostermeier**, Freie Universität Berlin

Martin Herrnkind, Kriminologe

Stephanie Schmidt, Universität Innsbruck

Ulrich von Klinggräff, Rechtsanwalt

Prof. Dr. **Hartmut Aden**, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Dr. **Lukas Theune**, Rechtsanwalt

Prof. Dr. **Fredrik Roggan**, Hochschule der Polizei Brandenburg

Franziska Nedelmann, Rechtsanwältin und stellv. Vorsitzende des RAV, Berlin

Anna Gilsbach, Rechtsanwältin

Waltraut Verleih, Rechtsanwältin

Angela Furmaniak, Rechtsanwältin

Prof. Dr. **Marschel Schöne**, Hochschule der Sächsischen Polizei

Philipp Knopp, Universität Wien

Dr. **Jenny Künkel**, Centre National de la Recherche Scientifique, Bordeaux

Dr. **Nathalie Hirschmann**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Dr. **Daniela Hunold**, Deutsche Hochschule der Polizei Münster

AK Soziale Bewegungen & Polizei des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung

Redaktion der Zeitschrift **Bürgerrechte & Polizei CILIP**

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV)

Seminar für angewandte Unsicherheit [SaU], Hochschulpolitische Initiative